



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 58. Ratssitzung vom 30. August 2023

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/633, 2023/47 und 2023/95

2167. 2022/633

Postulat der SVP-Fraktion vom 07.12.2022:

Nutzung der frei werdenden Ressourcen des Kommissariats Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV) für die Frontpolizei

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/633, 2023/47 und 2023/95.

***Derek Richter (SVP)** begründet das Postulat GR Nr. 2022/633 (vergleiche Beschluss-Nr. 1110/2022): In der Stadt Zürich wurden seit dem Jahr 2020 massenweise Parkplätze abgebaut: 1985 Parkplätze nach § 13 Strassengesetz (StrG, LS 722.1), 1579 Parkplätze nach § 16/17 StrG und ganz perfide 1506 Parkplätze durch permanente Verkehrsvorschriften. Das ergibt eine Gesamtzahl von 5070 Parkplätzen. Das können Sie gerne auf www.quartierparkplaetze.ch nachlesen. Wir sprechen von einer ideologischen Massenvernichtung mit schädlichen Auswirkungen für Private, das Gewerbe und die Umwelt. Die Internetseite www.zuercher-wirtschaft.ch titelte süffisant «Polizeilich gesucht: Gefrustete Berufsleute» und weiter «Mit doktrinärem Eifer wird in Zürcher Städten gerade in der Verkehrspolitik die Mobilität eingeschränkt und das Arbeiten behindert – besonders in der Stadt Zürich.» Die SVP macht sich mit diesem Vorstoss Sorgen um die Abteilung Kontrolle Ruhender Verkehr (KRV) und dass die Mitarbeitenden ein sogenanntes Boreout erleiden, weil sie keine Sinnhaftigkeit mehr in ihrer Arbeit sehen. Die Stadt Zürich budgetiert allein im Bereich Verkehrsbussen 70 Mio. Franken, wovon ein wesentlicher Teil von den Parkbussen stammt. Einmal mehr wird das Auto als Milchkuh der Nation missbraucht und damit sinnlose linke Projekte wie das Gleichstellungsbüro finanziert. In heutigen Stelleninseraten wird von sinnstiftender Arbeit gesprochen. Die Mitarbeiter der KRV sollen nicht entlassen, sondern mittels natürlicher Fluktuation abgebaut oder intern versetzt werden, zum Beispiel zu Grün Stadt Zürich oder zur Unterstützung der Frontpolizei. Geben Sie den Mitarbeitenden der KRV neue Aufgaben und Perspektiven.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

***STR Karin Rykart:** Ich verurteile die despektierliche Wortwahl von Derek Richter (SVP) gegenüber den Mitarbeitenden der KRV. Sie machen eine gute Arbeit und ich stehe hinter ihnen. Weil die Bevölkerung wächst und die Konflikte im öffentlichen Raum zunehmen, braucht es zusätzliche Stellen bei der Stadtpolizei (Stapo). Ich habe dies letztes Jahr ausführlich begründet. Diese drei gemeinsam behandelten Vorstösse machen Vorschläge, wie man die Stadtpolizei entlasten könnte. Allerdings erreichen sie teils nicht die*



*erhoffte Wirkung, teils sind sie aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Der Stadtrat lehnt daher alle drei Postulate ab. Die Überlegungen des Postulats GR Nr. 2022/633 sind soweit nachvollziehbar, dass mit dem Abbau von Parkplätzen auch der Aufwand für die Parkplatzkontrolle sinken könnte. Bei genauer Betrachtung geht das aber nicht auf: der Abbau von Parkfeldern hat keinen direkten Einfluss auf den Aufwand der Polizeiarbeit, da in allen Strassen Kontrollen durchgeführt werden – unabhängig vom Parkplatzabbau. Die KRV-Mitarbeitenden kontrollieren generell den ruhenden Verkehr: nicht nur die weissen und blauen Parkplätze, sondern auch, wo gar nicht parkiert werden darf. Sie kontrollieren dort, wo es bei Fussgänger- und Velostreifen und auf dem Trottoir gefährlich sein kann. Der Weg der Kontrollrouten wird nicht kürzer, wenn punktuell Parkplätze abgebaut werden. Die gelb markierten Parkplätze für Behinderte oder den Güterumschlag nehmen nicht ab, sondern zu. Das Gewerbe ist darauf angewiesen, dass diese nicht als Parkplätze missbraucht werden. Ich erinnere daran, dass die Kontrollen stattfinden, damit die zeitlichen Begrenzungen eingehalten und die Parkfelder regelmässig für andere Nutzer*innen freigegeben werden. Die KRV sorgt dafür, dass die Autofahrer*innen freie Parkplätze in der Stadt antreffen. Ich bitte um Ablehnung des Postulats.*

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2023/47 (vergleiche Beschluss-Nr. 1348/2023): *Es ist unbestritten, dass wir einen Personalnotstand bei der Polizei haben; über die Gründe gehen die Meinungen auseinander. Mit 360 oftmals unbewilligten Demonstrationen pro Jahr sowie verbalen Angriffen und Gewaltattacken gegen die Polizei ist der Beruf in der Stadt Zürich nicht unbedingt attraktiv. Diese Entwicklungen muss man langfristig angehen. Kurzfristig kann – wie beim Kanton – gutes Personal von privaten Sicherheitsfirmen für geeignete Aufgaben eingesetzt und die Sicherheit gewährleistet werden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Die Stapo setzt sich laufend mit der Frage auseinander, ob sie private Sicherheitsdienste in Anspruch nehmen soll oder kann. Heute kommen private Sicherheitsfirmen ausserhalb der hoheitlichen Aufgaben der Polizei zum Einsatz, so beim Transport von Verhafteten oder in Ausnüchterungs- und Betreuungszellen. Der im Postulat vorgeschlagene Bereich der Präsenz und Sicherheit im öffentlichen Raum ist eine Kernaufgabe des Staates und soll als hoheitliche Aufgabe von der Stapo selber wahrgenommen werden. Der Stadtrat bittet daher um Ablehnung des Postulats.*

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2023/95 (vergleiche Beschluss-Nr. 1442/2023): *Der Schweizer Nachrichtendienst finanzierte früher diese 500 Stellenprozentage bei der Stapo, das ist also keine neue Idee. Das wurde leider gestoppt, mit der Konsequenz, dass die Koordination unter den Polizeidiensten heute schlecht funktioniert. Der Informationsfluss ist nicht mehr sichergestellt, was in der Vergangenheit zu Fehleinschätzungen in der Lagebeurteilung führte. Das wird an der Eskalation des Linksextremismus in der Stadt – wie im Video gezeigt – deutlich und leider von linker Seite zu wenig verurteilt. Wir brauchen einen besseren Informationsfluss.*



Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Für die Forderung des Postulats zur Finanzierung von 5 Stellen durch den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) fehlt die rechtliche Grundlage. Das Bundesgesetz über den Nachrichtendienst des Jahres 2017 (Nachrichtendienstgesetz, NDG, AS 2017 4095) enthält keine gesetzliche Grundlage mehr für eine direkte Zusammenarbeit des NDB mit der Stapo. Das Postulat entstand nach der Koch-Areal-Demonstration vom 18. Februar 2023 mit grossen Sachbeschädigungen. Der Stadtrat verurteilt diese Sachbeschädigungen aufs Schärfste und bedauert die Schäden. Das Ausmass der Ausschreitungen war trotz sorgfältiger Lagebeurteilung nicht vorhersehbar. Es gibt immer wieder Übergriffe, die innert Sekunden geschehen und auch mit zusätzlichen nachrichtendienstlichen Informationen nicht vorausseh- oder verhinderbar sind. Daher sehen wir in dem Postulat nicht den erhofften Nutzen und bitten um Ablehnung. Selbstverständlich lässt die Stapo die Erkenntnisse vergangener Einsätze in die zukünftige Planung einfließen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Vor ein paar Jahren forderte die SVP den Kanton auf, der Stadt Zürich die Zentrumslasten zu streichen – und fordert nun, dass der Bund uns Stellen finanzieren soll. Das passt nicht zusammen; warum das eine Geld streichen, um es an einem anderen Ort zu holen. Ich kann die SVP beruhigen, beim Parkplatzsuchverkehr ist der Stadtrat dran und hat alle Parkfelder im Rudenzweg zum Abbau ausgeschrieben.

Sandra Gallizzi (EVP): Die Fraktion Die Mitte/EVP lehnt die Tagesordnungspunkte (TOP) 13 und 15 ab. Wir möchten der Polizei bei operativen Geschäften nicht reinreden. Bei TOP 14 sind wir aber der Meinung, dass die Polizei bei geeigneten Aufgaben Unterstützung von privaten Sicherheitsfirmen in Anspruch nehmen könnte und unterstützen eine Prüfung des Postulats GR Nr. 2023/47.

Claudio Zihlmann (FDP): Der städtische Abbau von Parkplätzen hat nebst vielen Nachteilen auch Vorteile: Es braucht weniger Personal, das Bussen verteilt. Die Stadt sieht das zwar anders, ich kann es aber an einem Beispiel verdeutlichen: Wenn 50 Pöstlerinnen und Pöstler die Post verteilen und es über die Zeit weniger Briefpost gibt, braucht es auch weniger Briefträger*innen. Die FDP unterstützt das Postulat GR Nr. 2022/633. Beim TOP 14 sind wir der gleichen Meinung wie STR Karin Rykart: Nur die Stapo soll hoheitliche Aufgaben übernehmen. Beim TOP 15 finden wir, dass der Stapo Kommandant Beat Oppliger die richtigen Lehren aus den Ereignissen der Koch-Areal-Demonstration gezogen hat. Ob sie politisch umgesetzt werden, liegt in der Verantwortung von STR Karin Rykart. Wir brauchen die Stellenprozente nicht, aber den politischen Willen.

Patrick Hässig (GLP): Die GLP-Fraktion kann dem TOP 14 zum Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen nicht zustimmen. Die Sicherheit in der Stadt Zürich soll aus einem Guss kommen. Wir unterstützen die Aussagen von STR Karin Rykart. Die Stapo ist gut genug, um die Situation stemmen zu können. Dank des Kompromisspostulats GR Nr. 2022/424, das von der SVP unterstützt wurde, soll es jährlich neue Polizeistellen geben.



Samuel Balsiger (SVP): *Bereits vor rund 10 Jahren bei der Räumung des Binz-Areals gab es Ausschreitungen und Verwüstungen in der Innenstadt. Man weiss also, was bei der Räumung eines links-extremistisch besetzten Areals passiert. Das Koch-Areal war das heilige Experiment der Linksextremen. Der Stadtrat war überrascht, dass der Mob mit Steinen und Eisenstangen auf Menschen losging. Kurze Zeit später gab es wieder solche Ausschreitungen und STR Karin Rykart war wieder überrascht. Da können Sie schlecht behaupten, dass Sie eine Ahnung von vorausschauender Planung und einen guten Informationsfluss hätten. Sie brauchen offensichtlich Unterstützung. Vielleicht geht es auch darum, die Wählerklientel nicht zu verärgern. Es geht um die Sicherheit und Sie verstecken sich hinter Gesetzen. Ich weiss nicht, ob es wirklich keine gesetzliche Grundlage für die Finanzierung der Stellenprozente gibt, aber sonst spielen übergeordnete Gesetze für Sie ja auch keine Rolle. Sollte es einmal Tote geben, tragen Sie die politische Verantwortung, weil Sie auf dem linken Auge blind sind.*

Michael Schmid (AL): *Ich spreche zum TOP 13 Kontrolle Ruhender Verkehr: Es gibt in der Stadt Zürich 70 000 öffentlich zugängliche und geschätzte 200 000 private Parkplätze. Mit den Hitzeminderungs- und Velofördermassnahmen werden nur ein paar Hundert Parkplätze abgebaut. Es findet also keine relevante Reduktion der Parkplätze statt. Dem Postulat fehlt somit jegliche Grundlage, ganz abgesehen davon, dass sich das Ausbildungsprofil der Mitarbeitenden KRV grundsätzlich von der Frontpolizei unterscheidet. Wer in der Stadt ohne Tunnelblick unterwegs ist, sieht, wie oft Wagen im Park- und Halteverbot abgestellt werden und die Verkehrssicherheit dadurch beeinträchtigt wird. Es drängen sich mehr, nicht weniger Kontrollen auf. Bei der goldenen Kuh Automobil gelten die sonst von der SVP hochgehaltenen Werte Ordnung und Sicherheit offenbar nicht.*

Das Postulat wird mit 33 gegen 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2168. 2023/47

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.02.2023:
Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen für die Übernahme geeigneter Aufgaben
im öffentlichen Raum bis zur Behebung des Personalnotstands bei der Stadtpolizei**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/633, Beschluss-Nr. 2167/2023

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1348/2023).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.



5 / 5

Das Postulat wird mit 21 gegen 96 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2169. 2023/95

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.03.2023:
Finanzierung von 500 Stellenprozenten bei der Stadtpolizei durch den Schweizer
Nachrichtendienst**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/633, Beschluss-Nr. 2167/2023

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1442/2023).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 13 gegen 104 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat